

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Plenarsitzungsdokument

11. Februar 2003

B5-0101/2003 }
B5-0115/2003 }
B5-0125/2003 }

RC1

GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht gemäß Artikel 37 Absatz 4 der Geschäftsordnung von

- Raimon Obiols i Germà, Harlem Désir, Margrietus J. van den Berg, Stephen Hughes, Mário Soares, Francisca Sauquillo Pérez del Arco, Olga Zrihen Zaari und Gianni Vattimo im Namen der PSE-Fraktion
- Danielle Auroi, Jan Dhaene, Monica Frassoni, Jillian Evans, Theodorus J.J. Bouwman, Alain Lipietz und Camilo Nogueira Román im Namen der Verts/ALE-Fraktion
- Francis Wurtz im Namen der GUE/NGL-Fraktion

anstelle der Entschließungsanträge folgender Fraktionen:

- Verts/ALE (B5-0101/2003),
- PSE (B5-0115/2003),
- GUE/NGL (B5-0125/2003),

zum Weltsozialforum und zum Weltwirtschaftsforum (Porto Alegre/Davos)

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Weltsozialforum und zum Weltwirtschaftsforum (Porto Alegre/Davos)

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf das jüngste Weltsozialforum in Porto Alegre und das Weltwirtschaftsforum in Davos,
- unter Hinweis auf die wachsenden Bedenken der Öffentlichkeit bezüglich möglicher negativer Auswirkungen von aktuellen Globalisierungstendenzen,
- A. in der Erwägung, dass das Weltsozialforum in Porto Alegre, wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, festgestellt hat, weltweit zum wichtigsten Forum der Zivilgesellschaften geworden ist; ferner in Erwägung des Erfolgs dieser dritten Runde, in deren Rahmen ein Weltforum der Gebietskörperschaften, ein Weltforum für Bildung, ein Weltforum der Richter, eine Weltversammlung der Kleinbauern, ein Forum der Gewerkschaften und ein Weltforum der Parlamentarier veranstaltet wurden, und dass daran mehr als 100 000 Menschen aus 156 Ländern teilgenommen haben,
- B. in der Erwägung, dass dieses Weltforum der Parlamentarier ein internationales parlamentarisches Netzwerk ins Leben gerufen hat, dessen Aufgabe es ist, Parlamentarier, Bürger und soziale Bewegungen auf allen Ebenen miteinander zu vernetzen,
- C. in der Erwägung, dass dieses Weltsozialforum in großem Umfang durch Regionalforen vorbereitet wurde, beispielsweise durch das Europäische Sozialforum in Florenz, das einen öffentlichen europäischen Rahmen für die Diskussion von Fragen bot, die für die künftige Rolle der Europäischen Union in der Welt ausschlaggebend sind,
- D. in der Erwägung, dass viele Menschen durch ihre Teilnahme an diesen Foren für eine andere Globalisierung die überragende Bedeutung dokumentieren wollten, die sie einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung beimessen; in der Erwägung, dass die hohen Teilnehmerzahlen das neue, unverbrauchte Interesse der Menschen zeigen, sich am Entscheidungsprozess auf allen Ebenen zu beteiligen,
- E. in der Erwägung, dass diese Bewegung insofern zu Demokratie und Transparenz beiträgt, als sie der Weltöffentlichkeit die Augen für den zunehmenden sozialen Verfall und die immer stärkere Umweltzerstörung öffnet; in der Erwägung, dass Gewerkschaftler, Umweltschützer und Menschenrechtsaktivisten, Frauenrechtlerinnen und nichtstaatliche Organisationen den Politikern nachdrücklich deutlich machen, dass die aktuellen Globalisierungstendenzen nicht nachhaltig sind,
- F. in der Erwägung, dass viele Bewegungen, die in Porto Alegre vertreten waren, eine demokratische Reform des Systems der „global governance“ insbesondere von WTO, IWF und Weltbank anstreben,
- G. in der Erwägung, dass das Weltwirtschaftsforum unter anderem eine neue Bereitschaft der

Unternehmen signalisiert hat, sich am Dialog zu beteiligen und kritischen Fragen zu Weltwirtschaft, Governance, Sicherheit, sozialverantwortlichem Unternehmertum, Energie, Rechten der Frauen, Rechten des Kindes, Finanzmärkten, Arbeit und Menschenwürde nachzugehen,

- H. in der Erwägung, dass der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva sowohl in Porto Alegre als auch in Davos anwesend war und sich für die Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung, für die Umverteilung der Reichtümer, für die Bekämpfung des Hungers sowie für Bildung und ein Leben in Würde für alle Menschen ausgesprochen hat,
- I. in der Erwägung, dass sich das Weltsozialforum und das Weltforum der Parlamentarier einmütig und klar gegen den Krieg, insbesondere gegen einen Krieg gegen den Irak, ausgesprochen haben,
1. dankt den Veranstaltern des Weltsozialforums und des Weltforums der Parlamentarier in Porto Alegre und begrüßt den offenen und innovativen Geist der Diskussionen, die dort stattfanden, sowie die vielfältigen Ideen und Strategien, die Ergebnis dieser Treffen waren; begrüßt ferner die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Weltsozialforum und Weltforum der Parlamentarier, das Initiator des internationalen Netzwerks der Parlamentarier und Sprachrohr der Forderungen der sozialen Bewegungen auf legislativer Ebene ist;
 2. begrüßt die Entwicklung der globalen Bewegungen in Richtung auf einen konkreten politischen Kurswechsel zur Bekämpfung des Neoliberalismus und zur Förderung einer demokratischen, fairen und sozialen Form der Globalisierung für alle Gruppen, insbesondere Frauen;
 3. begrüßt die Schaffung weltweiter Sozialnetze und die Einleitung internationaler Kampagnen zu Fragen wie globale öffentliche Güter, Zugang zu Wasser, erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit, öffentliche Dienstleistungen, kulturelle Vielfalt, Verantwortung der Unternehmen, Entschuldung, Reform der internationalen Wirtschaftsorganisationen (IWF, Weltbank, WTO) und Unterstützung des Kyoto-Protokolls;
 4. begrüßt den Aufruf des Parlamentarischen Weltforums für einen internationalen Vertrag zur Einführung einer Steuer auf Währungsgeschäfte, deren Erträge in Fonds der Vereinten Nationen fließen sollen;
 5. teilt die Besorgnis der weltweiten sozialen Bewegung in Bezug auf Frieden und internationale Stabilität, insbesondere hinsichtlich des gefährlichen Konzepts eines „Präventivkriegs“;
 6. ist der Auffassung, dass die EU, wenn sie eine positive Rolle bei der „global governance“ spielen will, die eine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung durch die Förderung einer demokratischen regionalen „Governance“ darstellt, tiefgreifende institutionelle Reformen durchführen muss, um die Union politisch zu stärken und ein fortschrittliches, auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Wirtschafts- und Sozialmodell zu fördern; erwartet, dass der Konvent zur Zukunft Europas diesbezüglich anspruchsvolle Vorschläge unterbreitet;
 7. fordert daher die Schaffung nationaler und europäischer Koordinierungsstellen für das

internationale parlamentarische Netzwerk, so dass europäische, nationale und regionale Abgeordnete gemeinsam an dieser Aufgabe mitwirken können;

8. begrüßt es, dass sich die Abgeordneten auf dem Weltforum der Parlamentarier verpflichtet haben, am Vorabend der 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún/Mexiko zusammenzukommen; dringt auf eine Erklärung der EU anlässlich der nächsten Konferenz der Welthandelsorganisation in Cancún dahingehend, dass die internationale Handelspolitik sozialen und ökologischen Zwängen Rechnung tragen muss und dass internationale Handels- und Finanzsysteme von Grund auf reformiert werden müssen, um den Anforderungen einer Demokratie zu entsprechen;
9. fordert nachdrücklich, dass die Verhandlungen über die Dienstleistungen (GATS) stets transparent und unter demokratischer Kontrolle verlaufen müssen; fordert die Kommission auf, die Liste der Dienste, deren Liberalisierung sie vorschlagen will, herauszugeben, bevor diese am 31. März der WTO vorgelegt wird, damit europäische und nationale Parlamentarier genügend Zeit haben, darüber zu diskutieren;
10. bekräftigt, dass die Interessen der Patienten Vorrang vor den Interessen der pharmazeutischen Industrie haben; fordert in diesem Zusammenhang, dass das Mandat von Doha eingehalten wird, damit keine Bestimmung des TRIPS-Übereinkommens künftig die Entwicklungsländer daran hindern kann, öffentliche Gesundheitspolitik zu betreiben;
11. weist nachdrücklich darauf hin, dass die Globalisierung die Rechenschaftspflicht privater Unternehmen gegenüber der demokratischen Autorität nicht untergraben darf; glaubt, dass die Schaffung des Multi-Stakeholder-Forums (CSR) der EU, in dem Vertreter aus Unternehmen, Gewerkschaften, nichtstaatlichen Organisationen und öffentlicher Verwaltung zusammenkommen, eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Vereinbarkeit von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt spielen kann; hält es für dringend erforderlich, auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene verstärkt zu kontrollieren, ob die transnationalen Gesellschaften Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsnormen, einschließlich der Rechte der ethnischen Minderheiten, einhalten;
12. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Brasilien und andere Länder bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, die Selbstversorgung im Nahrungsmittelbereich zu gewährleisten, insbesondere durch eine Agrarreform sowie den Schutz und die Förderung ihrer jeweiligen Binnenmärkte;
13. unterstützt den Aufruf der in Porto Alegre zusammengekommenen Bauernorganisationen in Bezug auf das Recht auf Selbstversorgung im Bereich der Nahrungsmittel; spricht sich dafür aus, dass Saatgut unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zum Erbe der Menschheit erklärt wird, um die Erhaltung und den Austausch traditioneller und lokaler Sorten zu garantieren und die Bekämpfung des Hungers, das Überleben der Bauern und die Bewahrung der biologischen Vielfalt sicherzustellen;
14. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der Kommission, dem Rat, den Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie den Veranstaltern des Weltsozialforums in Porto Alegre und des Weltwirtschaftsforums in Davos zu übermitteln.